

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

280 (2.12.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK IN KARLSRUHE UND UMGEBUNG

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
wärtig 20 Pfennig. Bei Mehrzeilen Rabatt nach Tarif, der bei Nichtbeachtung des
Zeichens, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Fortfall außer Kraft tritt. © Erläuterung
und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. © Schatz der Anzeigen-Anstalt 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern,
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junabock
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Pf. Trägerschein o. ohne Zahlung
1,80 Mark o. 2,00 Mark für 4/10 2,30 Mark o. Gläubigerantrag 10 Pfennig o. Gr
Lohn 8 Pfennig wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/2021 o. Postfach-Konto
Dursch, Kompf. 9 D.-Baden, Jagdbaustr. 12; Karlsruh. Rosenstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 280

Karlsruhe, Mittwoch, den 2. Dezember 1931

51. Jahrgang

Sozialdemokratie und Rekordkrise

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Lage

Ueber das Ergebnis der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses wird uns aus Berlin berichtet:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vereinigte sich am Dienstag nachmittags mit dem Parteiaussschuß zu einer gemeinsamen Sitzung. Der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Dr. Breitscheid, sprach über die politische Gesamtsituation und berichtete über die Arbeiten des Fraktionsvorstandes. Die mehrstündige Aussprache ergab

völlige Einmütigkeit in der Beurteilung der überaus ernsten Lage und in der Entscheidung der Sozialdemokraten, den Kampf gegen Faschismus und soziale Reaktion mit dem Einsatz aller politischen und organisatorischen Kräfte zu führen. Die heftigen Dokumente haben die außerordentliche Gefahr der nationalsozialistischen Staatsfeindschaft aufs neue enthüllt.

Die Republik, die Verfassung, die politische Freiheit, die persönliche Sicherheit, die Fortführung jeder geordneten Wirtschaft sind bedroht. Die sozialdemokratische Fraktion anerkennt das energische Vorgehen der preussischen und der heftigen Regierung. Sie fordert aber von der Reichsregierung, daß auch sie endlich mit Klarheit und Zielbewußtsein den Kampf um die Verfassung aufnimmt und in allen ihren Organen zur obersten Pflicht macht. Die Politik der sozialdemokratischen Fraktion dient der Aufrechterhaltung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Der Erfolg dieser Politik würde sehr in Frage gestellt, wenn eine unentschiedene Haltung der Reichsregierung die Gefahren für die Aufrechterhaltung der Verfassung vergrößert und ihre Befähigung erschwert. Anstatt der Bekämpfung der Wirtschaftskrise erneuert die sozialdemokratische Fraktion ihr Verlangen,

alle Kräfte zur Überwindung der Krise einzusetzen.

Der internationale Charakter der Krise macht Maßnahmen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit unerlässlich. Weder nationalstaatlicher Egoismus, noch militärisches Aufrüstungsrennen dürfen der klaren Verfolgung einer Außenpolitik der Verständigung im Wege stehen. Zur Ermöglichung dieser Politik fordert die Sozialdemokratie

auch von den auswärtigen Mächten Verständnis

für die außerordentliche Schwere der Wirtschaftskrise und für den furchtbaren Druck, unter dem die arbeitenden Massen in Deutschland stehen. Dauernde Erleichterung der ausländischen Zahlungen, völlige Entlastung der deutschen Wirtschaft, solange die ökonomische Deflation herrscht, Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit durch ein angemessenes Übereinkommen mit den privaten Gläubigern, Verständigung über die immer gefährlicher werdenden Maßnahmen einer hemmnislosen Sozialpolitik sind die Voraussetzungen jeder Krisenbekämpfung.

In der inneren Wirtschaftspolitik fordert die Sozialdemokratie von der Regierung die Durchführung ihres immer wieder angeführten Vorschlags gegen die überhöhten monopolisierten Preise.

Der Abbau von Höchstpreisen für Lebensmittel und Rohprodukte der verarbeitenden Industrie, die Beseitigung der Preisbindungen der zweiten Hand, die Herabsetzung der Kartellpreise,

die ständige Überwindung der monopolisierten Preispolitik durch ein Kartellamt sind notwendig zur Auflockerung der Preisbindungen, zur Anregung der Umsätze und zur Belebung des Konsums. Die Wirkung der Preislenkung würde aber durch einen neuen Lohnabbau völlig aufgehoben werden, denn dieser würde die bestehende Wirkung einer Stärkung der Massenkaufkraft von vornherein wieder unterbinden.

Deshalb lehnt die sozialdemokratische Fraktion in enger Verbindung mit den Gewerkschaften neue Lohn- und Gehaltsentzungen ab. Sie fordert von der Regierung die Erfüllung ihrer Aufgabe, das kollektive Arbeitsrecht unangefastet zu lassen, und die Durchsetzung des Beschlusses des Reichstags, der die Aufrechterhaltung des Tarifrechts fordert.

Jede Verminderung des Reallohnes bedeutet eine neue Verschärfung der Krise. Lohnentzungen würden technisch und organisatorisch rückständige Betriebe auf Kosten der Arbeiter nur länger am Leben erhalten und so die Selbstreinigung der Krise verzögern. Sie würden die Nachfrage in den Konsumgüterindustrien vermindern, ohne die Nachfrage in den Produktionsmittel-Industrien mit ihrer erhöhten Kapazität zu steigern. Die Behauptung des deutschen Exportwarenexport auch während der Krise hat bewiesen, daß

die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt durchaus konkurrenzfähig

ist. Den Wirkungen der Währungsirren und der neuen hochfinanzpolitischen Abwehrmaßnahmen durch Lohnentzungen beachten zu wollen, ist eine Utopie und ebenso dilettantisch wie gefährlich. Denn jede neue Lohnentzungen würde durch neue Zollmaßnahmen beantwortet werden. Nur handelspolitische Verständigung, nicht aber deutsches Lohnbündnis kann hier einen Ausweg bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat die Aufrechterhaltung des

Gleichgewichts in allen öffentlichen Finanzen

immer für notwendig angesehen. Jede neue Finanzsanierung, die die Krise erforderlich macht, muß sich aber streng auf die Ausgleichung der Fehlbeträge beschränken, und darf nicht zu neuen Subventionen mißbraucht werden. Dabei muß die Reichshilfe für Länder und Gemeinden so gestaltet werden, daß ein Zusammen-

bruch der Finanzen verhindert und die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände gesichert ist.

Solange die Krise andauert, bleibt die Versorgung ihrer Opfer die erste soziale Pflicht. Deshalb dürfen neue Sanierungsmaßnahmen nicht zu weiteren sozialen Abbauführen. Das Reich muß insbesondere Maßnahmen treffen, um den notleidenden Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung die Flüssigmachung ihrer Anlagen zu ermöglichen.

Die zusätzliche Versorgung der Arbeitslosen und Rentenempfänger mit Kohle, Fleisch und Kartoffeln, um sie gegen Hunger und Kälte zu schützen, muß unversätlich durchgeführt werden.

Die Wirtschaftskrise hat alle Widerstände der kapitalistischen Gesellschaft aufs äußerste gesteigert. Unenträglich wirkt auf die Arbeitermassen die Erfahrung, daß in der kapitalistischen Gesellschaft ungeheuer anwachsender Reichtum immer wiederkehrend Massenelend und Massennot erzeugt. Immer schwächer aber wird die Verteidigung des kapitalistischen Systems, und ihren Trägern bleibt als letzte Hoffnung nur noch die Auslieferung der Massen an die faschistische und nationalsozialistische Demagogie. So wächst der Kampf um die Erhaltung der Demokratie und um den Aufbau des Sozialismus zu einer Einheit zusammen.

Um ihren Kampf erfolgreich führen zu können, bedarf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Unterstützung aller Arbeiterorganisationen. Denn es gilt jetzt auch außerhalb des Reichstages durch Abwehr aller Terrors und aller Einheitsierungsversuche die Grundlage zu bewahren, auf der die parlamentarische Vertretung ihre Aktionen durchführen kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiaussschuß erteilen der Partei- und Fraktionsleitung Sandlungsfreiheit im Sinne der vorstehenden Beschlüsse mit der Maßgabe, daß die Fraktion nach dem Bekanntwerden der Notverordnung sofort zu einer Stellungnahme zusammentritt.

Die Kampfschlossenheit des Parteiaussschusses

Gemeinsame Front von Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner und Sportorganisationen gegen das Terrorregime

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei trat am Dienstag vormittags mit den Vertretern der betreffenden Organisationen zu einer Sitzung zusammen, in der die notwendigen Maßnahmen im Kampfe gegen die Demagogie und den Terror der Nationalsozialisten ausführlich besprochen wurden. Die Berichterstatter aus den Bezirken erklärten einmütig, daß der Kampfswille der Partei gegen den Terror überall durch die Herausforderungen des Faschismus aufs äußerste gesteigert ist. Dieser Kampfschloß sich fortan in einer gemeinsamen Front mit den Gewerkschaften, dem Reichsbanner und den Sportorganisationen noch wirksamer betätigen können. Die Tagung war beherrscht von der Überzeugung, daß es dieser geschlossenen Front der sozialdemokratischen und republikanischen Massenorganisationen gelingen wird, den Faschismus auf seinem Wege zur Macht nicht nur aufzuhalten, sondern zurückzuwerfen und zu schlagen.

Die Herausgabe einer von Genosse Otto Hörning gegründeten neuen Tageszeitung Deutscher Volksfreund wurde vom Parteiaussschuß lebhaft mißbilligt. Es wurde festgestellt, daß die Herausgabe nicht mit Zustimmung der Bundesleitung des Reichsbanners erfolgte. Der Parteiaussschuß erwartet, daß der Parteivorstand die Geschlossenheit der Partei auch gegen Hörnings Vorhaben mit derselben Entschiedenheit verteidigen wird, wie es gegen die SWP. geschehen ist.

Neuer Vorstoß bei Brüning

Die Sozialdemokratie gegen Ueberstüpfung der neuen Notverordnung

Wir fordern Verzicht auf weiteren Lohn- und Sozialabbau

Berlin, 1. Dez. (Eig. Draht.) Ueber den Inhalt der neuen Notverordnung der Reichsregierung fanden auch am Dienstag wieder Verhandlungen innerhalb der Regierung statt. Mit der Fertigstellung dieser Verordnung bis Ende dieser Woche ist jedoch kaum noch zu rechnen, daher wird der Plan erwogen, den Teil der Notverordnung, der sich mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte beschäftigt, und der für die Bajeler Verhandlungen von besonderer Bedeutung ist, vorweg zu verabschieden.

Entsprechend dem Auftrag, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihrem Vorstand in der Dienstaussprache erteilt hat, sofort mit der Regierung über den Inhalt der Notverordnung zu verhandeln, werden am Mittwoch oder Donnerstag solche Besprechungen der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Reichsminister Dr. Brüning stattfinden. Dabei dürfte mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Sozialdemokratie verlangt, daß die Reichsregierung sowohl den Kampf gegen den faschistischen Terror energischer

Neue englische Zollwelle

Die unsinnigen Grenzabschnürungen werden fortgesetzt

London, 1. Dez. Die zweite Liste der Zollerhöhungen liegt nun vor, und folgende Artikel werden vom nächsten Freitag ab mit einem 50prozentigen Zollsoll belastet werden: Glasflaschen und -krüge, Kohlen für elektrische Batterien, Wollgarne, Kofosmatten, Haushaltswäsche aus Leinen, Gewebe aus Jute, Teppiche, ganz oder teilweise aus Jute, Kerzen, Sportwaffen, Luftwaffen, Tischbesteck außer silbernen und goldenen. Der Wert der Zollerhöhung der erwähnten Artikel beträgt etwa 9 Millionen Pfund.

Der Pfundkurs fällt weiter

London, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der Pfundkurs nähert sich seinem Rekordtiefstand in den Nachkriegsjahren. In der Londoner City schloß das Pfund am Dienstag mit 3,29 1/2 Dollar ab. Außer den bekannten objektiven Gründen für die gegenwärtige Schwäche — gesteigerte Einfuhr in Erwartung von neuen Zöllen, Saisonbelastung, Zinszahlung der 50prozentigen Kriegsanleihe, die zum größten Teil ins Ausland geht — ist sie auch weiterhin durch psychologische Gründe bedingt.

Trotz Beseitigung der Goldwährung nur schwache Verringerung der Arbeitslosigkeit

WTB, London, 1. Dez. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 23. November 2 615 115, d. h. 33 314 weniger als Ende der vorhergehenden Woche.

Oesterreichs Währungszerrüttung

Die Entwicklung des österreichischen Schilling hat in letzter Zeit eine bedrohliche Form angenommen. So wird in der Schweiz, wo noch ein offizieller Handel in Schillingnoten stattfindet, der österreichische Schilling unter 40 Centimes gehandelt. Die deutsche Reichsbank notiert zwar noch österreichische Schilling-Devisen mit 59 Pfennig, also der Parität entsprechend, aber seit Tagen schon nicht mehr Schilling-Noten. — Der Run auf den Schilling ist durch die hoffnungslose Devisenlage und die völlige Zerrüttung des österreichischen Außenhandels hervorgerufen.

Französischer Mais-Einfuhrzoll

Paris, 2. Dez. Das Journal officiel veröffentlicht heute ein Dekret des Handelsministeriums, durch das Mais bei der Einfuhr aus Deutschland mit einem Zollzuschlag von 80 Francs pro 100 Kilogramm brutto belegt wird, um, wie es in dem Dekret heißt, die deutsche Ausfuhrprämie auf Mais auszugleichen.

Bankrott einer französischen Bank

Die Banque des Reims berichtet, hat die dortige Landwirtschaftsbank bankrott gemacht. Die Passiven belaufen sich auf 5 1/2 Millionen.

Schalterchließung einer Frankfurter Bank

Frankfurt a. M., 2. Dez. Die seit 1918 bestehende Bank für Handel und Grundbesitz in Frankfurt a. M. hat ihre Schalter geschlossen. Die Bank war eine Gründung des Frankfurter Handels- und Grundbesitzvereins. Es wird ein Vergleich anstrebt und man hofft, die Gläubiger befriedigen zu können.

Hakenkreuz kuschelt vor Frankreich

Eine vorbeugende Maßnahme

Paris, 2. Dez. (Frankfurt.) In der Liberté verifiziert der angehende rechtsgerichtete Publizist Bainville, die Hitlerleute hätten in Berlin den französischen Volkshater Francois Poncet wissen lassen, daß sie nicht die Absicht haben, die Verträge abzu- und einfach zu zerreißen. Zweifellos erwarteten sie im Austausch für diese gute Haltung Kredit.

Die Herrschaften wollen rechtzeitig vorbeugen. Beim Rapp-Kutsch bestand ja auch die erste und wichtigste „Regierungsmaßnahme“ in einer tiefen Verbeugung vor dem Kriegsgegner.

Ein Zollermächtigungsgeleß

Berlin, 1. Dez. (WTB.) Auf Grund von Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung ist überreichend eine Verordnung erlassen, die der Reichsregierung die Ermächtigung bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages gibt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses 1. die Zölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern, 2. die vorläufige Anwendung zweifeltiger Wirtschaftsverordnungen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Verordnungen zu 1. die auf Grund dieser Verordnung ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen anzuhoben. Verordnungen zu 2. sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen anzuhoben.

Feststellungen zur Gegenwart

Karlsruhe, 2. Dezember

Die Badische Presse bemüht sich, vor ihren rechtsgerichteten Lesern ihre angebliche Unparteilichkeit Tag für Tag damit zu beweisen, daß sie sich gegenüber den Nationalsozialisten mit einer nicht zu überbietenden Toleranz gibt und zur Verstärkung deren Sünden eine ausgeklügelte Tobschweigetaktik erdacht hat, während sie gegenüber der Arbeiterbewegung alle Splitterchen zusammenträgt, um die Sozialdemokratie zu diskreditieren. So hat die Badische Presse dieser Tage einem Reichstagsabgeordneten Ernst Hinkmann (im Gegensatz zu ihren sonstigen Gepflogenheiten verschweigt die Badische Presse diesmal aus Zweedmächtigkeitsgründen den Titel des Herrn Hinkmann; nämlich Fregattenkapitän a. D.) die Verwaltung von „Stresemanns Erbe“ in der Richtung deuten lassen, daß es die Aufgabe der Deutschen Volkspartei sei, in Frontstellung gegen die Sozialdemokratie mit den Nationalsozialisten gemeinsam Reichspolitik zu treiben, also just das Gegenteil von dem tun, was Stresemann, der von den Nationalsozialisten aufs gemeinste verlästert worden ist, als „Erbe“ hinterlassen hat. Eine besondere Beleuchtung erfährt jedoch diese Taktik der Badischen Presse durch einen um die gleiche Zeit erscheinenden Redaktionsartikel zur französischen Kammerdebatte, in der festgestellt wurde: „Es war nur der sozialistische Führer Léon Blum, der Laval in der Aussprache entgegenhielt, bei rascher Annahme des Hoover-Moratoriums und Gewährung von Krediten an Deutschland wäre nicht nur die deutsche, sondern auch die Pfundkrise vermieden worden“. Während also auf der einen Seite die Sozialdemokratie verlästert wird, muß auf der anderen Seite selbst die Badische Presse gestehen, daß in den Führungen der Sozialdemokratie in allen Ländern jene Männer liegen, welche durch ihre weitgehende Erkenntnis der internationalen Zusammenhänge eine Politik fordern, welche geeignet ist, an Stelle der heutigen Wirtschaftskrise einen Weg zum Aufbau aller Staaten zu weisen. Um die Völker für eine solche Politik der sozialistischen Internationale reif zu machen, ist allerdings eine andere Politik notwendig, als sie die mit den Nationalsozialisten stark liebäugelnde Badische Presse pflegt, die statt die Sozialdemokratie zu lästern, besser einmal im großen Lager ihrer rechtsgerichteten Freunde Umschau halten müßte, wobei es nahelegen würde, wieder einmal die Tätigkeit des Herrn Schacht unter die Lupe zu nehmen. Gelegentlich der oben erwähnten französischen Kammerdebatte erklärte nämlich der französische Finanzminister Flandin folgendes:

„Wenn wir das Hoover-Moratorium diskussionslos angenommen hätten, hätten wir Deutschland doch nicht gerettet. Vor allen Dingen hätte Dr. Schacht den Mund halten müssen, denn er war es, der mit seiner Kampagne den Kredit Deutschlands zerstört hat, er war es, der gesagt hat, daß Deutschland bankrott und seine Währung verloren sei.“

Wenn wir in einem geordneten parlamentarischen Rechtsstaat leben würden, so würde diese Bemerkung des französischen Finanzministers uns Anlaß geben, das Treiben des Herrn Schacht und vieler seiner rechtsgerichteten Freunde einmal von der strafrechtlichen Seite her unter die Lupe zu nehmen. So aber darf Herr Schacht seine gefährlichste Tätigkeit ruhig weiter fortsetzen und, wie erst Ende der letzten Woche, auf einem Kolonialabend in Köln eine Rede halten, die durch ständische Entgleisungen nicht nur eine erneute Provokation der deutschen Republik darstellte, sondern auch im Ausland uns neue Knüppel zwischen die Beine wirft: ein Vorgang, der Herrn Schacht und seinen Freunden allerdings gleichgültig bleiben wird, da ja alle Schwierigkeiten, die für die deutsche Republik entstehen, — mag ihre Ursache nun auch bei dem Treiben der rechtsgerichteten Kreise liegen, — von diesen gleichen Kreisen doch immer wieder der Republik in die Schuhe geschoben werden.

Die Tatsache, daß der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung so lang- und kluglos von der Bildung abgetrennt ist, hat neben der sachlichen Seite, auf die wir ja im Volksfreund bereits kritisch eingegangen sind, auch in allgemeiner Hinsicht seine besondere Bedeutung, worüber das Berliner Tageblatt folgende Bemerkung machte:

„Das Ideal der Nationalsozialisten war einmal der „Ständestaat“ — heute kennt niemand mehr ihr Programm —, und andere mehr erträumen alles Heil von der gemeinsamen Entschliessung der Interessenten. Der Wirtschaftsbeirat war ein Versuch, eine ständische Vertretung zu etablieren. Es ist nicht gerade gut gelungen. Das Ideal der Demokratie ist das Parlament der von Interessen unabhängigen, jeder Abgeordnete soll das ganze Volk vertreten. Es wird einmal eine Rückkehr geben zur demokratischen Erkenntnis.“

Wir glauben, daß in diesen wenigen Zeilen eine Gedankenrichtung kurz charakterisiert ist, die vor einiger Zeit noch ein Problem war, heute jedoch gerade durch die Tagung des Wirtschaftsbeirats an Hand seiner Bewährung oder richtiger Nichtbewährung in der Praxis schnell ad acta gelegt werden kann. Der Gedanke des Ständestaates, also gewissermaßen eines Parlaments der „Fachmänner“ oder der „Interessenten“ spukte sehr lange bis in die allerletzte Zeit in den Gehirnen weiter Kreise. Nun ist mit dem Wirtschaftsbeirat so eine Art Ständeparlament aufgemacht worden und das Ergebnis war eine Niete. Gerade für die Männer der Praxis — und es sind ja die Interessenten, die so sehr für das Ständeparlament, an Stelle der heutigen politischen Volksvertretungen, schwärmen — sollte dieses Versagen des Wirtschaftsbeirates auch die Erkenntnis bedeuten, daß die Ständestaatsidee der Interessenten bereits anhand dieses kleinen Vorbeispiels jenen Bankrott erlitten hat, der in ungeheurem Ausmaß eintreffen würde, wenn man diesen Versuch im großen gemacht hätte. Die scharfmacherischen Führer der kapitalistischen Offensive gegen Demokratie und Arbeiterbewegung werden sich daher, nachdem die Ständestaatsidee Schiffbruch erlitten hat, nunmehr nach einer andern Möglichkeit umsehen müssen, um neben ihren wirtschaftlichen Schlägen gegen die Arbeiterklasse ihrem Ziele auch politisch näherzukommen, was wohl eine noch engere Verdrößerung der industriellen Scharfmacher mit der Hitlerbewegung nach der Art der Harzburger Front erwarten läßt. Die rechtsgerichtete Kreuzzugzeitung sieht zwar aus ihrer gutsonnerativen Genugtuung altpreussischen Schlages den gefährlichen staatszerstörenden „radikal-bolschewistischen Charakter“ der nationalsozialistischen Bewegung in der Art, wie er in den Heftendokumenten hervorgehoben ist, klar ge-

nug, um zu erkennen, daß ihre Verwirklichung nicht mit den Begriffen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Moral vereinbar sind und eine Diktatur der SA. in derartiger Ueberspitzung sich letzten Endes in Terror nach dem Muster der Sowjetblutherrschaft überschlagen“ müßte. Der Neureichthum der Schwerindustrie ist jedoch sowohl gesellschaftlich wie moralisch jenseits staatspositiver Ethik wie die Kreuzzeitung weniger verhasst und wird sich daher wenig daraus machen, trotz aller Blutdokumente auch weiterhin mit den Nationalsozialisten bis zum letzten Ende zu fraternisieren in der festen Ueberzeugung, daß allem Bolschewismus zum Trotz in der nationalsozialistischen Bewegung seine „Führerrolle“ doch auf seine Rechnung kommt.

Der Knoten, in dem die deutsche Politik verstrickt ist, läßt sich nicht durch zages Aufsitzen und leichte Fingerübungen lösen, seine Entwirrung bedarf einer starken Hand mit festem Willen zur rücksichtslosen Entschlossenheit und klarer Erkenntnis des notwendigen Neuaufbaues — Forderungen, an deren Verwirklichung man ansehender nicht denkt.

Berliner Funktionäre zur Lage

Berlin, 2. Dez. (Frankf. Anst.) Eine überaus stark besuchte Funktionärerversammlung der Berliner Sozialdemokratie nahm am Dienstagabend zur politischen Lage Stellung. Breitscheid sprach über „Sozialdemokratie und internationale Abrüstung“ sowie über die innenpolitischen Verhältnisse. Die glänzende verlaufene Versammlung fand einen begeisterten Abschluß mit einer stürmischen Begrüßung des in Rom stanz freigelassenen italienischen Freiheitskämpfers Bassani.

In seiner Rede führte Breitscheid u. a. aus: Frankreichs Goldpolitik schafft dem nationalen Radikalismus neue Arbeitslose und Verweifelte. Aber Frankreich ist nicht allein verantwortlich. Wir können nicht behaupten, daß unsere eigenen Machthaber in Deutschland an der Entwidung schuldlos seien. Alles auf die Reparationen zu schieben ist irrisch. Die deutsche Regierung beklagt sich, daß nach französischen Stimmen ein Hilferregiment in Deutschland zu erwarten ist, weil die bestehende Regierung zu schwach. Französische Nationalisten wünschen eine Hitlerregierung, um dann einen noch härteren Druck auf Deutschland ausüben zu können. Die deutsche Regierung hätte deshalb die Pflicht, den Nationalsozialisten mit aller Energie entgegenzutreten und auf die Gefahren einer Hitlerregierung hinzuweisen.

In der Aussprache wurde ein schärferes Vorgehen der in amtlichen Stellen befindlichen Parteigenossen gegen die Terrorakte der Faschisten gefordert. Besonders auf dem Lande müsse die Bevölkerung mehr als bisher geschützt werden. Die Partei müsse so aktiv werden, wie jetzt das Reichsbanner.

Die Konferenz nahm zur Abrüstungsfrage folgende Entschliessung an: Wir fordern von den auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen, daß sie endlich zu positivem Handeln übergehen. Ein Vertrag muß abgeschlossen werden, der sofort eine großzügige Herabsetzung der Heeresbestände, des Kriegsmaterials in allen Formen und der Militärausgaben sichert und zur vollständigen allgemeinen und kontrollierten Abrüstung führt.

Gleichmäßige Preissenkung gefordert

Die Denkschrift der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels zum Preisniveau

Der Einzelhandel durchlebt schlimme Enttäuschungen. Er geriet politisch ins Scherzpaar der Groß- und Schwerindustrie und hat: lange Zeit lüftig über die hohen Löhne geklagt und Abbau der Löhne gefordert. Schließlich übte man sich auch als Unternehmer und vergaß, daß man nur verkaufen konnte, wenn die Arbeiter verdienten. Die Löhne sind dann abgebaut worden. Jetzt merkte der Einzelhandel, daß dieser Lohnabbau mit auf seine Kosten gina. Seine Umsätze verringerten sich. Es kam deshalb nicht wundernehmen, daß sich die Vertreter des Einzelhandels und des Handels im Wirtschaftsbeirat stark dem Standpunkt der Gewerkschaftsvertreter näherten, die sich mit allen Mitteln gegen einen weiteren Lohnabbau wandten.

Zu der Enttäuschung über den Lohnabbau kommt beim Einzelhandel noch die Enttäuschung über den Preisabbau. Es setzt sich immer mehr und mehr, daß die Interessenten der großen Wirtschaftskreise, wenn sie einmal von Preisabbau reden, nicht an den Abbau der Kartellpreise und der hohen Zölle, die die Ware verlieren müssen, denken, sondern daß das Spiel dahin geht, den Preisabbau auf den Kleinhandel zu beschränken. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, in dem der Einzelhandel in Deutschland organisiert ist, hat sich jetzt mit einer Denkschrift an die Regierung gewandt, in der er seiner Enttäuschung Ausdruck gibt. Er verweist darauf, daß die sogenannten freien Preise stark gesunken sind, die Mieten, die Fahrpreise, die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser aber nicht. Er verweist weiter darauf, daß die Kartellpreise die Senkung der freien Preise nicht mitgemacht haben und daß man weit davon entfernt ist, an einem Abbau der überhöhten Zölle zu denken.

Der Sturz der Weltmarktpreise für Weizen und Roggen ist wegen der hohen Kartellpreise im inländischen Preisniveau nicht an nähernd zum Ausdruck gekommen. Die Weltmarktpreise für Weizen seien seit 1929 um 60 Prozent gesunken, während die Weizenpreise in Deutschland nur um 12—13 Prozent zurückgegangen seien. Die Preise in Deutschland betragen mehr als 2/3fache der Weltmarktpreise. Die Weltmarktpreise für Roggen seien um etwa 50 Prozent gesunken, während die Inlandspreise, dank der Zollpolitik, um 6—8 Prozent anziehen konnten.

Eine Senkung der gebundenen Preise für Düngemittel, Eisen- und Kohlenpreise, Preise auf dem Baumarkt im Rahmen der kartellmäßigen Bindungen sei dringend erforderlich, da hier die Preisbildung der allgemeinen Preisentwicklung nicht gefolgt sei. Daneben müßten die Preise für Geschäftsräume, Wohnungen, Heizung, Beleuchtung und Verkehr gesenkt werden, wenn eine fühlbare Hebung der Kaufkraft herbeigeführt werden solle.

Die Denkschrift des Einzelhandels enthält zum Teil äußerst interessantes Material, das u. a. zeigt, wie der überhöhte Zoll die Preise beeinflusst. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß unter Ausschaltung der extremen Werte im gemessenen Durchschnitt die Preise der von Zöllen befreiten Waren im Juni 1931 gegen Juni 1930 um 9,4 Prozent zurückgegangen sind. Bei denjenigen Waren aber, die nicht dem Zollinfluss unterliegen, betragen die Preisrückgänge gegenüber 1930 rund 17 Prozent. Für die Wirkung der Kartellpreise führt die Eingabe der Hauptgemeinschaft folgendes aus: Die freien Preise erreichten, 1928 = 100 gesetzt, im Mai 1928 mit 109,8 ihren Höhepunkt. Dann beginnt der Index stark zu fallen. Die kartellmäßigen Preise haben allerdings den härteren Ausschlag der freien Preise in den Konjunkturlagen nicht in vollem Umfang mitgemacht. Sie fielen aber bis Ende 1929 weiter und ermäßigten sich sehr scheinbar.

Die Indienkonferenz geschlossen

An den religiösen Gegensätzen gescheitert

London, 1. Dez. (Eig. Draht.) Die Indienkonferenz wurde am Dienstag durch den Premierminister formell geschlossen. Macdonalds Worte konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Konferenz im wesentlichen ein Mißerfolg war, da die Frage der Volksvertretung an dem ungelösten Problem des Verhältnisses der religiösen Gemeinschaften zueinander gescheitert ist. Nachmals wurden die Ander von Macdonald aufgefordert, die Frage untereinander zu lösen.

Auf Vorschlag des Premierministers wird in Indien ein Ausschuss der jehigen Konferenz bestehen bleiben, dessen Aufgabe nach Macdonald sein wird, etwaige Vereinbarungen unter den verschiedenen Religionsgemeinschaften, die die Grundlage für eine Verfassung abgeben könnten, an den Vizekönig und damit an die englische Regierung weiter zu leiten. Komme aber keine Einigung zustande, so bleibe der englischen Regierung nichts anderes übrig, als kraft ihrer Autorität zu bestimmen, wie die Rechtsverhältnisse der Minoritäten in der Verfassung gesichert werden sollen.

Wie lange die englische Regierung warten will, ehe sie die Forderung auf eine Einigung der Ander untereinander aufgibt, steht dahin. Die Grundlage für die englische Politik in Indien wird, so sagte Macdonald, dieselbe sein, wie sie für die Labourpartei war, nämlich Indien vollkommen der Selbstverwaltung zu zuführen. Zu dieser Politik betenne sich auch sein jehiges Kabinett. Macdonald führte dabei allerdings Einschränkungen, vor allem bezüglich der Außenpolitik, der Finanzpolitik und der Verteilung, die England fürs erste als notwendig erachte, ausbrüchlich auf. Die indische Verfassung solle bundestaatlich sein, mit voller Verantwortung auf die Zentrale. Macdonald lehnte es also ab, durch Verschiebung der Selbstverwaltung an die Provinzen sich dem englischen Versprechen zu entziehen. Weitere Einzelfragen werden von zahlreichen Komitees mit Indien bearbeitet werden.

Tagung der Internationalen Zahlungsbank verschoben

Wien, 1. Dez. (Eig. Draht.) Der Verwaltungsrat der Bank für internationale Zahlungen, dessen Zusammenkunft in Basel auf den 14. Dezember vorgesehen war, hat beschloffen, diese Sitzung auf den 17. Januar zu verschieben. Auf der Tagesordnung steht die Frage eines Kredits von 60 Millionen Schilling für Oesterreich.

Die rechtsradikale Putschverschwörung in Ungarn

Budapest, 1. Dez. (Eig. Draht.) In der Dienststunde des ungarischen Abgeordnetenhauses erklärte der Innenminister, daß die aufgedeckte rechtsradikale Verschwörung ganz bedeutungslos gewesen sei. Die Schuldigen würden bestraft. Der Sozialdemokrat Csörki erklärte, er glaube den Versicherungen der Regierung nicht.

Reichsindexziffer und Reallohn

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,9 v. H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,3 v. H. auf 121,8, für Bekleidung um 1,7 auf 131,9 und für „sonstiger Bedarf“ um 0,5 v. H. auf 181,5. Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert; die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist mit 149,0 nahezu unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren sowie für Milch und Milchzucker zurückgegangen. Die Preise für Eier, Kartoffeln und Brot haben im Reichsdurchschnitt zugenommen.

In den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ist der gegenwärtige Leuerungsindex mit dem Leuerungsindex von 1927 in Verbindung gebracht worden. Wenn man den Index vom November 1931 mit dem Index von 1927 vergleicht, so ergibt sich gegenüber Anfang 1927 ein Rückgang von reichlich 9 Prozent und gegenüber Ende 1927 ein Rückgang von nicht ganz 15 Prozent. Wir behaupten, daß der Lohnrückgang weit größer ist und daß sich unter Einfluß des Preis- und Lohnrückganges die Reallohn ganz stark gesenkt haben. Das entspricht ja auch dem Bild in unserer Wirtschaft. Im Wirtschaftsbeirat hat das Unternehmertum mit Kurven gearbeitet, wonach die Reallohn verschiedener Berufsgruppen, so der Bergarbeiter, der Textilarbeiter und der Berliner Metallarbeiter, bis in das Jahr 1931 hinein gestiegen sind. Die Statistik beweist, daß es sich hier um glatte Lügen und Fälschungen handelt. Dabei wollen wir ganz davon absehen, daß nur sehr wenige Arbeiter in den Genuss der Tariflöhne kommen (Kursarbeiter um), auf denen gewöhnlich derartige Kurven aufbauen.

Im übrigen zeigt sich, daß die starke Erhöhung des Leuerungsindex in den letzten Jahren auf den erheblich gesteigerten Kosten für Wohnung, Heizung und Beleuchtung und sonstigem Bedarf (Verkehr) beruht. Diese Kosten sind stark und haben sich auch in der Krise wenig verändert. Zum Vergleich steht der Leuerungsindex für Heizung und Beleuchtung immer noch höher als 1927. Die Ermäßigung des Leuerungsindex gegenüber 1927 geht vorausweislich auf die verbilligten Ernährungskosten und die ermäßigten Kosten für Bekleidung zurück. Ob man hier noch wesentliche Verbilligungen erreichen kann, ist durchaus zweifelhaft. Das stützt unsere alte Auffassung, daß die Reduktion des Preisabbaus nicht in dem verpöblichen Umfang durchzuführen kann, daß unter der bevorstehenden Operation der Regierung nur der Reallohn leiden wird. Das muß die Krise weiter verschärfen.

Auflösung des heftigen Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft

Darmstadt, 1. Dez. Das heftige Ministerium für Arbeit und Wirtschaft ist mit Wirkung ab heute aufgelöst worden. Die Abteilung für Handel, Gewerbe und Sozialfürsorge wird dem Ministerium des Innern, die Abteilung für Landwirtschaft dem Finanzministerium zugeteilt.

Freistaat Baden

Der nationalsozialistische Kreisrat Plattner hat Redeverbot

Man schreibt uns: Endlich ist diesem wilden Draufgänger, dem ständigen Verleumder der Sozialdemokratie, dem bewussten Beleidiger der Republik, dem Handwerker erhalten. Er hat vom Ministerium des Innern ein allgemeines Redeverbot erhalten. Demzufolge hat ihm die Polizeidirektion Karlsruhe verboten, in der Versammlung einer Kreisratssitzung teilzunehmen, die am 24. November im „Landsknecht“ Karlsruhe stattfinden sollte, als Redner aufzutreten.

Der Führer ist darüber doch etwas kleinlaut. Er meint, er enthalte sich aus nachstehenden Gründen jeden Kommentars. Das wird wohl auch das Beste sein, was er tun kann, denn der nationalsozialistische Kreisrat aus Friedrichstal, Amt Karlsruhe, hat sich unserer Auffassung des Redeverbot reichlich verdient. Wir erinnern nur an seine ausfälligen Bemerkungen in einer Kreisratssitzung gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber dem Stadtverordneten Gen. Koch aus Karlsruhe. Schon damals wurde als unerhört bezeichnet, daß in einer öffentlichen Körperschaft ein Vertreter des Kreises sich derart geäußert hat, wie es Plattner tat.

Uns scheint auch, daß die letzte Ursache, weshalb Plattner Redeverbot erhalten hat, seine in Oberbaden abgehaltenen Versammlungen abgegeben haben. In einer dieser Versammlungen in Rammern, Amt Müllheim, demonstrierte Plattner das Aufhängen von Sozialdemokraten wie folgt: „Man nimmt drei Balken und einen Seilermesser“ (gemeint ist ein Kreuz und ein Strich). Plattner erläuterte dann weiter diese Methode des Aufhängens dahin, daß er sagte: „Wir wollen schließlich die Halsweite nehmen.“

Wahrscheinlich trieb er es in einer Versammlung in Weil am 18. November. Dort suchte er um eine Beleidigung des badischen Innenministers, des Gen. C. Maier, wie folgt herum zu kommen: „Wenn ich Janen würde, Maier ist kein Minister, er ist ein Mann, der nichts kann, dann würde die Versammlung polizeilich aufgelöst werden.“

Sollen solche Burlesken noch länger in der Republik Redefreiheit haben? Unseres Erachtens unter keinen Umständen.

Im Verlaufe seiner Rede nannte dann Plattner noch Brüning den „unfähigsten Reichskanzler, den wir bis jetzt gehabt haben“. Natürlich der Kaufmann Fritz Plattner aus Friedrichstal ist der Referent, ein solches Urteil abzugeben. In Rammern und in Weil lobte Plattner mit der Todesstrafe für die politischen Gegner der Nationalsozialisten. Er sagte: „Wenn wir dran sind, kommt es anders. Wer sich am Volke veründigt, wird mit dem Tode bestraft.“

Das ist die ständige Mordebeute, wie sie täglich von den Nationalsozialisten getrieben wird. Wenn Plattner dann noch stolz verkündete: „Wir haben uns vor Remmele nicht gekümmert und werden uns auch vor Maier nicht“, so dürfte doch wohl feststehen, daß die Staatsgewalt mit einem Plattner schon noch fertig werden wird.

Es gibt außer dem Redeverbot noch verschiedene Maßnahmen, welche man auf die Nationalsozialisten ausdehnen kann. Vielleicht wird dies der Kreisrat Fritz Plattner noch erfahren.

Kurse für Arbeitslose

Der Minister des Kultus und Unterrichts weist in einem Rundschreiben auf die beruflichen Fortbildungsbedürfnisse für Arbeitslose hin. In Baden bereits im Zusammenwirken zwischen Arbeitsämtern und den Fachschulen in größerem Umfang veranstaltet werden. Diese Kurse finden regelmäßig gegen Vergütung in der Form statt, daß die an Stelle der Kurslehrer in den Fachschulen beschäftigten Hilfslehrer eine Vergütung erhalten. Erwünscht wäre es, wenn solche berufliche Fortbildungskurse auch freiwillig und unentgeltlich übernommen würden. Bei der großen körperlichen und auch geistigen Not der Arbeitslosen richtet der Minister an alle Lehrer die Bitte, sich für Fortbildungskurse allgemein bildender Art und für Kurse in Selbstübungen sich badische Lehrer wie in anderen Ländern freiwillig und unentgeltlich den Arbeitsämtern zur Verfügung stellen.

Die Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr mit sich, daß gerade das, was die Schule neben einem bestimmten Wissen den Menschen anleihen hat, die Freude an gereicher Arbeit und die Fähigkeit zu arbeiten vielen wieder verloren geht. Es ist daher eine wichtige Aufgabe der Lehrerschaft, diese Güter im Interesse des Volksganzen ihren arbeitslosen Mitmenschen erhalten zu helfen. Die badische Lehrerschaft wird auch zu ihrem Teil dazu beitragen, um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die deutsche Arbeitskraft ist besonders heute das wichtigste volkswirtschaftliche Kapital, über das wir noch verfügen. Wird sie erhalten und kann sie eines Tages wieder voll nutzbar gemacht werden, so wird auch der Staat die notwendigen Mittel für die Volksbildung wieder aus der Volkswirtschaft erhalten können.

Die badischen Gemeinden werden erucht, die erforderlichen Räumlichkeiten (nebst Licht und Heizung) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Nazilügen gegen Reichsbanner

Gemeine Verleumdung zur Verdunkelung des Putschplans

In der Absicht, der Verdunkelung des hochverräterischen Komplotts in Hessen veröffentlicht der Völkische Beobachter in seiner Montagausgabe einen plumpen Schwindel über die letzte Tagung des Bundesauschusses des Reichsbanners. Er behauptet, daß auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei der Bundesauschuss eine letzte große Versammlung gegen den Nationalsozialismus beschlossen habe.

Diese infamen Behauptungen tragen den Stempel der verleumderischen Lüge offen an der Stirn. Dazu kommt, daß in dem vom Völkischen Beobachter dazu geschriebenen Kommentar sogar der Versuch unternommen wird, ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände den Fall Hessen bereits mit dem angeblichen Magdeburger Beschluß zu erklären. Dabei wird behauptet, daß Dr. Schäfer im Dezember vorigen Jahres in die nationalsozialistische Bewegung hineingekipelt wurde, um Belästigungsmaterial zu belorgen, zu dem er selbst die Anregung gab. Unter diesen Umständen kann kein Zweifel bestehen, daß das Hitlerblatt diesen Verleumdungsstrich erfunden hat, um die eigenen Parteianhänger zu betrogen und ihnen den wahren Zusammenhang der Dinge zu verschleiern.

Zur Richtigstellung teilt der Bundesvorstand des Reichsbanners mit: „Der Völkische Beobachter bringt unter der Ueberschrift: „Die Hintergründe der sozialdemokratischen Verleumdungsaktion entlarvt“, ausführliche Angaben über den angeblichen Verlauf der am 22. November zu Magdeburg abgehaltenen Bundesratsitzung. Es ist völlig unklar, daß der Bundesrat des Reichsbanners zu dem „Ergebnis“ gekommen sei, daß der legale Vorkämpfer der Arbeiterklasse zur Nacht nur mehr aufzuhalten sei, wenn ein grob angelegter Verleumdungsstrich der Presse entsetzt und hierbei im Interesse der Nacht vor seiner Lüge zurückgeschreckt werde. Es ist die Technik, wie sie Hitler in seinem Programm „Mein Kampf“ so eindringlich für seine Bewegung empfiehlt, aber es ist nicht die Technik des Reichsbanners. Der Völkische Beobachter wird durch den Bundesvorstand des Reichsbanners gezwungen werden, eine sehr ausführliche Berichtigung abzugeben.“

Das Paradies im Dritten Reich

Mißglückter Ablehnungsversuch des nationalsozialistischen Führers

Die Nationalsozialisten wissen, daß die heftigen Putschdokumente am besten zeigen, wie sehr ihre Prophezeiungen über das kommende Paradies im nationalsozialistischen Dritten Reich ein plumper Schwindel ist. Der nationalsozialistische Führer hält es daher nach seinem fünfjährigen Verbot für seine wichtigste Aufgabe, die Entdeckung der heftigen Putschdokumente als „eine sehr armenliche Geschichte“ eines „raffiniert aufgelegenen Enthüllungsschwindels der Frankfurter Zeitung“ hinzustellen und unter Belästigung Schäfers den Putschplanmacher Dr. Best zu einem „Privatmann“ zu stempeln, dessen „Arbeiten“ lediglich ganz privaten und für die NSDAP ganz „unverbindlichen Charakter“ haben. Wir überlassen es der politischen Sauberkeit der nationalsozialistischen Anhänger darüber zu urteilen, wie sich solche Verleumdungsmanöver mit dem Begriff eines gerühmter deutscher Rechtschaffenheit vereinbaren lassen, während die republikanischen Behörden daraus ersehen können, wie wenig auch heute noch die Nationalsozialisten einen klaren Strich zwischen sich und den illegalen Putschplänen ziehen.

Begreiflich sind diese nationalsozialistischen Manöver allerdings, nachdem aus den heftigen Putschdokumenten eine folgende Richtlinien für die Notverordnung bei Errichtung des Dritten Reiches bekannt geworden sind:

Durchführung der Volksernährung: 1. Kollektivspeisung, 2. Verteilung von Lebensmitteln, a) Ausgabe von Karten, b) Ausgabe der Lebensmittel gegen diese Karten.

Feststellung der zu Ernährenden: Jeder über 16 Jahre alte Mann bzw. Frau, hat sich und seine nicht 16 Jahre alten Kinder unverzüglich bei der Bürgermeisterei des Aufenthaltsortes zu melden. Krankenhäuser und ähnliche Institute haben alle Insassen zu melden.

Richtlinien für Verwaltungsmassnahmen zur Durchführung der Notverordnung zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: 1. Anweisung an die Bürgermeistereien: a) die Aufstellung von Lebensmittellisten und der zu Ernährenden sofort unserer Ernährungsstelle einzureichen. Desgleichen einen Vorschlag, welche Lebensmittelmenge die Gemeinde täglich benötigt. b) Die Kollektivspeisung einzurichten und die Ausgabe von Lebensmittellisten und die Lebensmittelausgabe (Hilfssträfte: der bisherige Händler) vorzubereiten.

So sieht also „das Paradies im Dritten Reich“ aus. Statt bessere Verhältnisse zu schaffen, wollen die Nationalsozialisten zum System der Lebensmittellisten aus der Kriegszeit mit dem Schlagenstechen vor den Ausgabestellen zurückkehren und eine bolschewistische Kollektivspeisung einrichten. Und das ganze wird dann Kampf gegen den Marxismus und gegen den russischen Bolschewismus genannt, derweil ein verschlimmter Bolschewismus für die Volksmassen im Dritten Reich geplant ist, während sich die Oberbongon den Rängen mästen. Das deutsche Volk muß Stroh im Gehirn haben, wenn es nach dieser Demasierung noch auf den nationalsozialistischen Keim kriecht.

benen Kommentar sogar der Versuch unternommen wird, ohne Rücksicht auf Zeit und Umstände den Fall Hessen bereits mit dem angeblichen Magdeburger Beschluß zu erklären. Dabei wird behauptet, daß Dr. Schäfer im Dezember vorigen Jahres in die nationalsozialistische Bewegung hineingekipelt wurde, um Belästigungsmaterial zu belorgen, zu dem er selbst die Anregung gab. Unter diesen Umständen kann kein Zweifel bestehen, daß das Hitlerblatt diesen Verleumdungsstrich erfunden hat, um die eigenen Parteianhänger zu betrogen und ihnen den wahren Zusammenhang der Dinge zu verschleiern.

Zur Richtigstellung teilt der Bundesvorstand des Reichsbanners mit:

„Der Völkische Beobachter bringt unter der Ueberschrift: „Die Hintergründe der sozialdemokratischen Verleumdungsaktion entlarvt“, ausführliche Angaben über den angeblichen Verlauf der am 22. November zu Magdeburg abgehaltenen Bundesratsitzung. Es ist völlig unklar, daß der Bundesrat des Reichsbanners zu dem „Ergebnis“ gekommen sei, daß der legale Vorkämpfer der Arbeiterklasse zur Nacht nur mehr aufzuhalten sei, wenn ein grob angelegter Verleumdungsstrich der Presse entsetzt und hierbei im Interesse der Nacht vor seiner Lüge zurückgeschreckt werde. Es ist die Technik, wie sie Hitler in seinem Programm „Mein Kampf“ so eindringlich für seine Bewegung empfiehlt, aber es ist nicht die Technik des Reichsbanners. Der Völkische Beobachter wird durch den Bundesvorstand des Reichsbanners gezwungen werden, eine sehr ausführliche Berichtigung abzugeben.“

Naziterror gegen Reichsbannerleute

Hannover, 1. Dez. (Eig. Draht.) Als Reichsbannerkameraden von dem hiesigen Gericht kamen, wurden sie von Angehörigen der Nationalsozialisten verhaftet. Es kam zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf ein unbeteiligter, freigewerkschaftlich organisierter Metallarbeiter einen schweren Schädelbruch erlitt, und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Drei Personen wurden leichter verletzt. Die Polizei verhaftete vier Reichsbannerleute und zwei Nazis.

Berliner Uniformverbot bleibt

Werkwürdige Reichsgerichtsentscheidung über ein Verbot in der Rheinprovinz

Berlin, 1. Dez. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß das von ihm erlassene Uniformverbot für die NSDAP in keiner Weise durch die Reichsgerichtsentscheidung berührt wird, welche ein vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassenes Verbot des Tragens politischer Abzeichen der NSDAP als rechtsunzulässig bezeichnet und weiterhin mit allem Nachdruck durchgeführt wird.

Hugenbergdiktatur bei den Deutschnationalen

Berlin, 1. Dez. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Dienstag, den 1. Dezember, eine Sitzung ab, die der Vorbereitung der Parteivertriederung und der Beratung über die politische Lage galt. In die Parteisitzungen wurde als besonderer Artikel eingefügt: Dem Parteivorstand (Hugenberg) wird die Vollmacht verliehen, in Abweichungen von den Satzungen, soweit es den Interessen der Partei und ihrer Ziele erforderlich erscheint, Anordnungen zu treffen, die für alle Organe der Partei verbindlich sind.

Verspäteter Abrüdungsversuch des Braunen Hauses

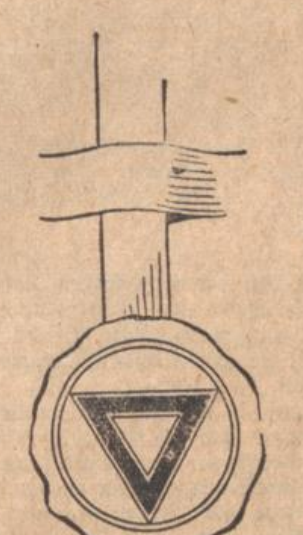
München, 1. Dez. Nach einer Mitteilung der Reichsleitung der NSDAP sind die in Hessen beschuldigten Parteigenossen Dr. Best, v. Davidsohn, Stavigosa und Wajana vorläufig von jeder parteiamtlichen Tätigkeit suspendiert.

Partei-Nachrichten

Gröningen. Letzten Donnerstag, 26. November, fand im Lokal eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Parteigenosse Teinso-Karlstrube sprach über „Die politische Situation“. In ausführlicher Weise schilderte er den Gang der Dinge. Er gab auch zu und hat auch dafür Verständnis, daß manche Parteigenossen wegen der großen politischen und wirtschaftlichen Wirren ungeladene werden und an der Richtigkeit der Taktik der Partei zweifeln. Die Genossen sollten sich nicht zu stark von den Tagesereignissen beeinflussen lassen, sondern immer wieder sich klar machen, daß die Demokratie aller Länder eine Kampferperiode hat durchmachen müssen, und härtester aktiver Kampf notwendig war, ehe sie sich rekonstruieren konnte. Die Arbeiterklasse an sich führt doch einen eben gigantischen Kampf um die Erhaltung der Republik. Die Reaktion weiß, was sie zu gewinnen hat, wenn die Arbeiterklasse unterliegt, darum ist Wirren und Aufständen unsere heftige Pflicht. — Die Diskussion brachte einiges wertvolle Material. Es ist notwendig, in der kritischen Zeit erst recht zusammenzufassen und nicht zu resignieren und laule Ausreden vliehen, damit der Feind unsere Front nicht zu durchbrechen vermag.

Frohe Botschaft an die Hausfrau

Preisfenkung für Vim — von nun an kostet die Normaldose nur noch 20 Pfg., die Doppeldose 35 Pfg. . . und dazu trägt jede Dose einen wertvollen Gutschein! Die Preise sind verbilligt — aber die Qualität ist die gleiche: die beste! Niemand braucht jetzt auf die große Arbeitsverleichterung durch Vim zu verzichten — auch bei beschränkter Wirtschaftskraft!



SUNLICHT GESELLSCHAFT A. G. MANNHEIM-BERLIN

Küppur

Zum Bauernführer avanciert

Das eine steht fest, bei den Hülfern kann man noch etwas werden. Wer in anderen Parteien nicht zu hohen Ehren und zu hohem Rühm...

Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Im heutigen Mittwochsabend spielt Professor Köttel u. a. ein beliebiges Virtuosenstück für Violine, Leonards Milliaranten...

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele - Konzerthaus

Die antäglich der Jubiläumswache der Badischen Lichtspiele (27.-30. 11.) zur Vorbereitung gelangte Spielwoche verdient, noch nachdrücklich erwähnt zu werden...

Der Herr der Wildnis

Ein unerschütterlicher Name, aber dennoch charakteristisch für den Film, der zur Zeit in den Residenz-Lichtspielen läuft. Ingaqi ist der Name...

Der brave Sünder

Der Gloria-Palast hat wieder eine Sensation. Max Wallenberg debütiert unter der Regie von Fritz Korner in seinem ersten Lustspiel...

Gewerkschaftliches

Buchdrucker lehnen Schiedspruch ab

Der Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe, der einen Lohnabbau von rund 5 1/2 Prozent (Kürzung des Spitzenlohns von 55 auf 52 M.) vorseht...

Um die Vierzigstundenwoche

Die Arbeitszeiterkürzungsfrage ist auf einem toten Gleis. Der Plan, der Bestimmung der Vierzigstundenwoche wenigstens noch in einigen Industriezweigen einzuführen...

Kündigung des Gehaltsstärks für die Versicherungsangestellten. Die der Zentralverband der Angestellten mitteilt, sind die geltenden Leistungen des Reichsstariftarifs...

Gehaltsänderung in der Porzellanindustrie. Für die Schmuckwaren- und die Maschinenindustrie sowie für die mechanischen Werkstätten...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion. Montag, 7. Dezember, abends 8 Uhr. Fraktionsversammlung im Stadtsparhaus...

Wochenprogramm der Kinderfreunde

- Junge Falten (Ch): Samstag 3-5 Uhr in der Volksschule. Rote Falten (Ch): Samstag 3-5 Uhr in der Volksschule...

Veranstaltungen

- Mittwoch, den 2. Dezember 1931: Badisches Landestheater: Am weißen Röhl, 19 Uhr. Badische Lichtspiele: Manolescu, Koffbares Kaff...

Dereinsanzeiger

- Karlsruhe: Naturfreunde Mühlburg. Heute Zusammenkunft. 8692

Letzte Nachrichten

Der Hauptvorstand des Badischen Beamtenbundes protestiert

D3. Karlsruhe, 1. Dez. Eine Besprechung der beamtenpolitischen Lage im Hauptvorstand des Badischen Beamtenbundes hatte die einstimmige Annahme einer Entschließung zur Folge...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das kontinentale Hochdruckgebiet beherrscht noch immer die Wetterlage. Die träge Luftzirkulation aus Osten hat indes nachgelassen...

Wasserstand des Rheins

Basel 14. Balzshut 182. Schusterinsel 37, Rehl 191, Maxau 349, Mannheim 219, Caub 162 Zentimeter.

Schlafzimmer. nussbaum pol. Wenn wir Ihnen heute ein Schlafzimmer in echt Nussbaum, poliert und mit echtem Marmor...

Pa-Pa am Nordpol. Von Neuigkeiten in der Welt ist der Pa-Pa stets eingestellt.

Marx Kahn. Waldstraße 22 (neben Colosseum). Die größte Weihnachts-Freude bereiten Sie Ihrem Kinde mit einem erstklassigen Piano...

H. Maurer. Kailerstr. 176. Kecke Hirshofstraße. Billige, strenge reelle Bedienung.

Wie? Aber selbstverständlich. Kostenlos kann jeder Abonnent im Monat einmal eine kleine Anzeige bringen.

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Pa-Pa Patent-Schuh-Pasie billiger und besser!

Kleine bad. Chronik

Grober Unfug

D. Ziegelhausen (Amt Heidelberg). 1. Dez. Während einer sozialdemokratischen Veranstaltung am Sonntagabend wurde von außen eine Flasche mit überkochender, ätzender Flüssigkeit in den Saal geworfen. Einige Anwesende erlitten Kleiderbeschädigungen. Die Täter konnten entkommen; doch hat die Polizei bereits fünf Verdächtigungen vorgenommen.

Deponiegebäude abgebrannt

Mühlbach (bei Eppingen). 1. Dez. In der in der Hauptstraße gelegenen Doppelscheune der Landwirte Steinmann und Schäfers brach morgens Feuer aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Auch reiche Vorräte gingen in Flammen auf, so daß ein Schaden von mehreren tausend Mark entstand. Durch das tatkräftige Einschreiten der Feuerwehr konnte das Wohnhaus gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Beim Holzabladen verunglückt

Wilderdingen (Amt Forstheim). 1. Dez. Beim Abladen von Langholz für das Sägewerk Büttke gerieten mehrere Stämme ins Rollen. Der 22jährige Kraftwagenführer Th. Pichler versagte aus Verdringung wurde dabei so unglücklich getroffen, daß er neben einer Beinverletzung schwere innere Verletzungen erlitt. — Beim Holzabladen im Walde jagte der 50 Jahre alte arbeitslose Schreiner Karl Grohmann durch Sturz einen linken Unterschenkelbruch zu.

Tod auf den Schienen

Konstanz. 30. Nov. Heute abend gegen 6 Uhr stürzte sich eine 49 Jahre alte, aus Wesselsbach stammende verheiratete Frau im benachbarten Kreuzlingen vor den Zug der Thurgaubahn. Sie wurde sofort getötet. Die Frau soll den Schritt aus Verzweiflung

über die Arbeitslosigkeit ihres Mannes unternommen haben. Sie ist Mutter von mehreren Kindern.

1. Not bei Wiesloch. Einige Burden, die von dem Winterfeld von der bekannten Wirtschaft „Schnolensbütte“ heimkehrten, stießen unterwegs mit einem Radfahrer zusammen. Es kam zum Wortwechsel und Tätlichkeiten, wobei der Radfahrer zusammengefallen wurde. Erst am nächsten Morgen fand man den Schwerverletzten auf, der sofort in die Klinik nach Heidelberg verbracht wurde.

Schbach, Amt Waldsbut. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr brach in der Scheune des landwirtschaftlichen Anwesens des Altbürgermeisters Adolf Süh Feuer aus, dem Wohn- und Deponiegebäude zum Opfer fielen. Das Vieh und der größte Teil der Ferkel konnten gerettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt 17 000 Mark. Man vermutet Brandstiftung.

Schutterzell. Ein 25jähriger Bäder wurde hier verhaftet wegen Bedrohung und unerlaubten Waffenbesitzes und ins Amtsgefängnis nach Laub eingeliefert. Der Verhaftete, der seit Juli d. J. in einer hiesigen Bäder tätig war, hat sich vor wenigen Tagen als arbeitslos gemeldet, obwohl er noch in Arbeit stand. Als er zum Spielmann auf dem Bürgermeistersamt erschien, bemerkte ihm der Bürgermeister die Beurkundung seiner Arbeitslosigkeit. Aus Rücksicht wollte der Bäder zu Hause einen Kupon erhalten und stellte sich vor der Wohnung des Bürgermeisters auf, mit der Drohung, ihn zu erschlagen. Daraufhin wurde er verhaftet.

Soziale Rundschau

Neue Richtlinien für das Zahnheilverfahren

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat neue Richtlinien für das Zahnheilverfahren aufgestellt, die vom 1. Januar 1932 ab gültig sind. Ein Zuschuß zu Zahnärztgebühren wird gewährt, wenn mindestens 5 Zähne ersetzt worden sind. Der Zuschuß beträgt 3 RM für jeden ersetzten Zahn. Damit sind sämtliche Aufwendungen

a. B. für Platten, Klammer, Sauger usw. abgedeckt. Für Zahnbehandlungen (Zahnstein, Füllungen u. dal.), für Kronen und Zahnprothesen werden Zuschüsse nicht gewährt.

Aus aller Welt

Französisches Institut in Wien

Wien, 1. Dez. Das neu errichtete Institut Francaise de Vienne ist heute eröffnet worden. Die Eröffnungsvorlesung hielt Professor Henri Dichtenberger-Paris, der über die Rolle Frankreichs in Europa sprach und den Einfluß des Dichters auf Frankreich schilderte.

Der Sklavereiprozess

Berlin, 30. Nov. In der heutigen Verhandlung im Sklavereiprozess wurden Bürgermeister Scholz und andere Magistratsmitglieder, Dr. Kardina, Bürgermeister Lange und Stadtkämmerer Rüdohl vernommen. Bürgermeister Scholz bestritt, persönliche Beziehungen zu den Sklavereihändlern zu haben. Er erklärte, er habe immer angenommen, daß die Sklaverei auf Grund der bestehenden Verträge das Lieferungsmonopol für die hiesigen Stellen haben. Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, er habe von Darlehen um schon lange gemußt und nur mit der Anzeige gewartet, bis Oberbürgermeister Böß in Amerika war. Der Zeuge erklärt das alles für Märchen. Am übrigen will sich der Zeuge an Vorhaltungen nicht mehr oder nur sehr schwach erinnern können. Der dann vernommene Zeuge Dr. Kardina will persönlich nichts mit den Sklavereihändlern zu tun gehabt haben. Nach der Vernehmung des Bürgermeisters Lange, die nichts besonderes erbringt, vernimmt Stadtkämmerer Rüdohl die Frage des Staatsanwalts von Sklaverei Geld bekommen zu haben. Er habe nur gelegentlich mit diesen gehandelt.

Raucher!
Der schlagendste Beweis für die Güte und Preiswürdigkeit der

Schweizerkumpen SANO
jetzt nur 6 Pfg.

ist die außerordentlich große Nachfrage. Einen großen Posten habe ich abzugeben. Wiederverkäufer erhalten solche zu Mk. 50 pro Mille netto Kasse, von 500 Stück ab. Selten günstige Kaufgelegenheit.

Größte Auswahl in Weihnachts-Zigarren zu Geschenkwzwecken
Anerkannt beste Qualitäts-Zigarren und große Auswahl in allen Tabakfabrikaten

E. KOHM
Großverkauf Tabakfabrikate Kleinverkauf
Telefon 1474 Karlsruhe Wilhelmstr. 76

Filialen:
Am Stadtgarten 13 Kreuzstraße 18
Schützenstraße 68 Rheimstraße 73
Sophienstraße 126 Kaiserstraße 51
Marienstraße 68a Kaiserstraße 199a

Zeitungskiosk im Hauptbahnhof

Verkaufsstellen:
Marienstraße 55 Schützenstraße 1
Goethestraße 25b Gottesauerstraße 14

Badisches Landesheater
Mittwoch, 2. Dez.
11 (Mittwochmiete)
Th.-Gem 211-300

Im weißen Rössl
Singspiel von Ralph Benatzky
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herr Rittmeyer: Mant, Genter, Fant, Seibertich, Seiting, Wällich, Brand, Ernst, Gemmeier, J. Gröhninger, Köber, Kobach, Röhler, Klobie, Luther, Wehner, V. Müller, Brüter, Hölzer, G. Gröhninger, Jung, Kilian, Klein, Schmitt, Windemann, Weher, S. Müller, Nagel, Sonntag

Anfang 19 Uhr
Ende 22.15 Uhr
Bretel D (0.90) - 5.70 A

Do. 3. 12. Der Große
Fr. 4. 12. Prinz Friedrich von Homburg. Sa. 5. 12. Händel und Ortel.
Hierzu: Die Puppenfeier, Johann Strauß, Schwab, den erntet.
Der Bildhauer im Konterhaus: Zum ersten Mal: Cöh-Bollh

Der Blitz am Mittwoch

Damen-Strümpfe 1.65
Feins Wolle, extra schwer, m. 4-facher Sohle

Damen-Strümpfe 1.10
„Weich wie Wolle“
Feins Wolle, extra leicht kratzend

Damen-Prinzeßrock 1.65
mit Vollschal, angesetzt mit kunstseid. Streifen
Größe 90, 100, 110

BURCHARD

Feuerbestattungsverein Karlsruhe E. V.
(über 1300 Mitglieder.)

Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch zum Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag 3 Mk. Aufnahmegebühr 1 Mk. Nach zweijähriger Wartezeit schon 40 Mk. Sterbegeld, steigend bis 90 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft; diese ersetzt letztwillige Verfügung und Inanspruchnahme von Zeugen.

Anmeldungen an: 6389
F. Wildenthaler, Boeckhstr. 52. Tel. 7998.

Antique Bekanntmachungen

Am Konturverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Carl Friedrich Jantowski hier sind die Gläubiger des Konturverwalters am 17. 12. 1931 die Anlagen auf 106,53 RM. festgelegt. Zur Abnahme der Schlichtrechnung und zur Erhebung der Einwendungen gegen das Schlichtverdict ist der Termin bestimmt auf: Mittwoch, den 23. Dezember 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht A 10 Karlsruhe, Stadengasse 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234. Karlsruhe, den 28. November 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10. 2225

Ischias, Gicht- u. Rheumatismus-Krankheiten

teile ich nun gegen 15 W. Rückporto losst kostenfrei mit, wie ich vor Jahren von meinem schwereren Ischias- u. Rheumaliden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

Erteilung, Antinven- wächter, Kranfart- Eder 124, Fäden- straße 6. 2175

Damen- u. Herrenrad
wie neu, 1. u. 2. St. 35.4, zu vert. Weinbrenner- straße 14, IV. L. R-8667

Ardie-Motorrad
hilfig zu verkaufen. Gröhninger, 21 Goethestraße 50

Homöopathie/Biochemie/Naturheilkunde
— Augenheilkunde —
Frau Anna Brändle
Weingarten (Bad.), Jöhlingerstr. 99, Fernruf 1111
Sprechstunden:
in Karlsruhe, Karlsruhe 69, parterre
Montag und Freitag 9-10 Uhr
in Bruchsal, Rheinstraße 6
Mittwoch 9-10 Uhr
in Weingarten, Jöhlingerstr. 99
Dienstag u. Donnerstag 9-10 Uhr
Mitteltiere werden bei Nachweis frei behandelt.
Hausbesuch vormittags anmelden

Kunstaussstellung Brötzingen mit Verlosung
bis einschließl. 6. Dezbr. 1931
Täglich geöffnet 2224

Weihnachtsbitte
der Blindenvereinsung von Karlsruhe und Umgebung.
Angehts der blinden Genossinnen und Hilfswilligen ist es in diesem Jahre besonders wichtig, unsern blinden Mitgliedern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Wir bitten deshalb alle Blindenfreunde herzlich, uns durch freundliche Gaben bei unsern Vorhaben zu unterstützen. 8669
Gaben werden mit herzlichem Dank entgegengenommen bei den Vorstandsmitgliedern: Herr W. Woss, Viktorstr. 6, Frau Wund, Akademiestr. 47, Fr. Klose, Arlesstr. Nr. 11, Herr Fr. A. Rittich, Südenstr. 24, Frau Lotter, Kaiserstraße 109, Herr W. Feinb, Schillerstr. 41, Herr A. Biedert, Akademiestr. Nr. 18, Frau E. Troch, Rohndorfstraße 13, Herr R. Schaad, Erbprinzenstr. 22, Frau von Schröder, Rottstr. 91, Herr Geb. Rat Stodter, Arlesstraße 103, Frau. Widmann, Brötzingstraße 6.

Arbeiterwohlfahrt
Wahrscheinlich-Lohn 50 Pf
500 000 Pf
Glücksbriefe mit 10 Losen 5 RM. mit 20 Losen 10 RM.
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 80 Prozent ausbezahlt.
Ziehung am 19. und 21. Dezember 1931

Losse zu haben: Hauptvertrieb für Karlsruhe Hans Höhringer, Lenzstr. 1, III; die freien Gewerkevereine; Volksfreundbuchhandlung, Waldstraße 28; Geschw. Knopf, Warenhaus, Kaiserstraße; Volkshaus, Schützenstr.; Zigarrenhaus Holmeister, Mühlburg Lameystraße 49; Zigarrenhaus Holz, Karlsruh 64; Zigarrenhaus Lion, Karlsruhe 77; Zigarrenhaus Töpfer, Kriegsstr. 3a und Filialen; Zigarrenhaus Schälter, Morgenstr. 14; Singer Nähmaschinen A.G., Kaiserstr. 208. 2031

Als Geschenk zum Weihnachtsfeste ist ein Junker & Ruh-Gasherd wohl das Beste!
Zu beziehen durch:
Karl Haug, Karlstraße 28

Calé-Restaur. 3 Kronen
Kronenstraße 19 — Telefon 5618
Morgen **Schlachttag**
Vorzügl. Qualitätsweine, Moninger Export-Bier. Gemütliche Gesellschaftsräume.
Ferdinand Weber.

Kaffee Bauer
Heute Mittwoch 20.30 Uhr
Sonderkonzert
Kapelle Professor Röttig
Einlage: Militärlantase f. Violine u. Leonard Solist: Professor Röttig
Morgen Donnerstag abend **Gesellschaftstanz**

Eintracht
Donnerstag, 3. Dez., 20 Uhr
Öffentlicher Vortrag über Falchismus u. Bolchewismus
gehalten von **Prof. Dr. J. Stepanow aus Rom** 8678
(ehem. Dozent für Geschichte an der Universität Wien, ers. 1918.)
Karten zu 1.—, 1.50 und 2.— bei **Steinlein**, am Marktplat. und bei **Kurt Heufeld**, Waistraße 81

Neuheiten in
Wolldecken von 16.— an
Steppdecken von 24.— an
Daunendecken von 74.— an
in reicher Auswahl
Himmelheber & Vier
Kaiserstraße 171 8677

Der Neue Weltkalender 1932
reich illustriert, mit abwechslungsreichem belehrendem und unterhaltendem Inhalt — ist erschienen!
Preis 50 Pfennig
Trägerinnen u. Volksfreundfilialen nehmen Bestellungen entgegen
Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernruf 7020 und 7021